

So war Malik 11 Jahre lang Außenminister, ein Jahr lang Parlamentssprecher und fünf Jahre Vizepräsident. 1983 wurde er abgesetzt: "Mein Fünfjahresvertrag ist zu Ende".

#### NICHTS ALS SCHROTT

In seiner letzten Position war Malik wieder etwas aus der rechten Ecke herausgerutscht. Es heißt, er bereute viele seiner Entscheidungen. So kümmerte er sich um die Gefangenen-Hilfsorganisation "Humaika, die sich um die Reintegration entlassener politischer Gefangener und um die Unterstützung von deren Kindern bemüht. Er kritisierte die staatlich inszenierten Morde und macht klar, daß er sein "letztes" für sein Volk zu geben bereit sei, aber niemals mehr eine Regierungsposten annehmen würde.

Trotz der fehlenden innenpolitischen Geradlinigkeit, die Adam Malik charakterisiert, werden seine Verdienste um die Unabhängigkeit der Republik Indonesien in vielen Ländern der Dritten Welt noch heute geschätzt; denn die "Merdeka" von 1945 hat auch andere Nationen inspiriert. Doch daß die Unabhängigkeitsbewegung ein schweres Erbe auf ihren Schultern trägt, daran hat auch Adam Malik keinen Zweifel gelassen: "Ihr, die Jugend müßt kämpfen, weil wir, die Generation von 1945, Euch nichts vererben werden - außer Schrott."

Harriet Ellwein

### MAULKORB FÜR "NGO'S"

#### INDONESISCHE REGIERUNG WILL BERUFSVERBÄNDEN UND INITIATIVGRUPPEN AUF DIE FINGER SCHAUEN

Organisationen, die die wenigen Spielräume politischer, dabei nicht unbedingt regierungskonformer Arbeit in Indonesien bisher noch nutzen konnten, werden in ihrer Tätigkeit von nun an stark reglementiert. So sieht es ein Gesetz vor, das seit August den Parlamentariern in Jakarta zur Verabschiedung vorliegt. Das Gesetz will alle sogenannten nicht-staatlichen Organisationen (Non Government-Organizations) unter die Kontrolle der Regierung bringen.

Betroffen davon sind ganz unterschiedliche Institutionen, wie

- Organisationen der verschiedenen Glaubensgemeinschaften (Christen, Muslims),

- Berufständische Organisationen von Medizinern, Juristen und Wissenschaftlern, die bisher noch relativ unbehindert von staatlicher Intervention arbeiten konnten,
- kleine Organisationen, wie Umweltschutz- und Verbraucherschutzgruppen oder Initiativgruppen zu Menschenrechtsproblemen oder angepaßter Technologie,
- aber auch Pseudo-"Massenorganisationen" von Arbeitern, Bauern oder Frauen, die weit von den wirklichen Problemen der indonesischen Bevölkerung entfernt - ihre Arbeitsweise nicht weiter umstellen müssen.

Vor allem die kleinen Organisationen sind es, die durch das neue Gesetz getroffen werden sollen: kleine Gruppen von Aktiven, engagiert in Kampagnen und "Barfußarbeit", Graswurzelorganisationen, die mit ihrer Tätigkeit unmittelbar an den Bedürfnissen unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen ansetzen und damit der Regierung ein Dorn im Auge sind.

Die Arbeit der vielen unübersichtlichen Klein- und Kleinstgruppen soll in Zukunft transparenter gemacht werden: Man will Gruppen mit gleichem Tätigkeitsbereich dazu zwingen, sich zusammenzuschließen. Mit dieser Taktik hatte die Regierung schon früher Bauernvereinigungen und gewerkschaftlichen Bewegungen das Wasser abgegraben. Die zuvor genannten "Massenorganisationen" brauchen dann nur noch die Arme aufzuhalten, um die kleinen NGOs alle aufzufangen.

Der zweite Schlag, zu dem in dem neuen Gesetz ausgeholt wird, soll die ohnehin ziemlich dünne Finanzdecke der kleinen Organisationen treffen. Gearbeitet wird hier mit hohem personellen Einsatz und wenig Geld, das zu meist aus dem Ausland kommt. Diese ausländischen Unterstützungen - so wollen es die Gesetzgeber in Jakarta - sollen von nun an nur mit dem Genehmigungsstempel der Regierung an die Organisationen weitergeleitet werden.

Eine der bekanntesten und auch etwas größeren NGOs, die von diesem Gesetz betroffen ist, hat ihren Sitz in Jakarta und unterhält darüberhinaus noch Büros in 9 anderen Städten: die Rechtshilfeorganisation Lembaga Bantuan Hukum (LBH, vgl. Imbas Nr.2), die Anfang der siebziger Jahre - unterstützt von der indonesischen Anwaltskammer und dem Gouverneur von Jakarta - gegründet wurde. Die LBH gewährt kostenlose Rechtshilfe für die

Armen, führt Rechtsberatung und -informationen durch und beteiligt sich auch an der Anregung und Durchführung von Gesetzesreformen.

In all den Jahren ihrer Arbeit mußten die Fach- und Laien-Juristen der Organisation feststellen, daß Rechtshilfe allein gerade dort nicht genüge, wo die Probleme der Armen nicht rein rechtlicher, sondern struktureller Natur sind. So begannen sie, die Bevölkerung über ihre Lage aufzuklären und sie dazu zu motivieren, ihre Rechte selbst wahrzunehmen.

Die Regierung hatte bisher - so sagte ein Vertreter der LBH - in einem Interview mit IMBAS - ein ambivalentes Verhältnis zu den Rechts-Aufklärern. Geduldet hat man sie vor allem deshalb, weil sie als eine Art Warnsignal zur Lokalisierung politischer Konflikte dienen konnte.

Mit dem neuen Gesetz wollen die indonesischen Generäle nun die letzten Alarmauslöser für innenpolitische Probleme mundtot machen - ein Luxus, den man sich z. B. im Nachbarland Malaysia täglich leistet. Hier finden die Appelle und Kampagnen gerade von Umweltschutz- und Verbraucherorganisationen regelmäßiges Echo in der Tagespresse. Solange man bei "seinem" Thema bleibt und keine Anti-Regierungspropaganda betreibt, wird dies auch geduldet.

Suharto und seine Generäle wollen jedoch jegliche Opposition im Keim ersticken. Wie lange die indonesische Bevölkerung noch in der javanischen Grundhaltung des "stillen Boykotts" auf die sich immer weiter verschärfenden gesellschaftlichen Gegensätze reagieren wird, mag die Frage bleiben.

- vgl. TAPOL, 4.7.84., Nr 6  
IMBAS, Nr. 2

Erika Jung

#### NACHRICHTEN

##### TOTE BEI UNRUHEN IN JAKARTA

9 Tote und 53 Verletzte gab es am 13. September in Jakarta bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und muslimischen Demonstranten. Diese von der Regierung gemachten Angaben sind nach Auffassung von Beobachtern in Jakarta jedoch untertrieben. Die französische Nachrichtenagentur AFP spricht sogar von mehreren dutzend Toten.

16

Begonnen hatte es damit, daß Polizisten indonesische Muslims